

Annett Grundmann  
Vorsitzende Kreiselternerat  
Bünaustraße 18, 01159 Dresden  
Telefon: 0174-3 39 65 39  
eMail: annett.grundmann@kreiselternerat-dresden.de  
[www.kreiselternerat-dresden.de](http://www.kreiselternerat-dresden.de)

---

Bildungsklausur der Fachbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden – 21./22. 06. 2011

Zukunftskonzept Bildung der Stadt Dresden.

Wo stehen wir? Was fordert uns heraus? Wo wollen wir hin?

---

*Informationen und Hinweise des Kreiselternerates Dresden  
(Seitenblick des KER auf die aktuellen Planungen der Verwaltung)*

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,

ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie erstmalig auch die Eltern, in diesem Fall mit meiner Person, in eine Bürgermeisterklausur einbeziehen. Diese außergewöhnliche Situation steckt den Anspruch meinerseits sehr hoch.

Was erwarten Sie von mir bzw. den Eltern? Ich denke, in erster Linie einen außenstehenden Blick von Seiten der Eltern, von Schülern und Lehrern zu den situativen Planungen.

- Ableitung im Gespräch auf den Lehrerbedarf, der in meiner Darstellung jetzt nicht vorrangig Thema ist, aufgrund der Zugehörigkeit zum Land. In Diskussion mit Herrn Dr. Paulig wurde meinerseits trotzdem die aktuelle Bedarfsermittlung für verschiedene Fächer hinterfragt.

Leider sind die Wahrnehmungen dieser Zielgruppe teilweise sehr subjektiv zu betrachten. Nehmen wir die Eltern, welche genau den Platz an Ihrer Wunschschule für Ihr Kind erhalten haben oder nehmen wir Eltern, welche massive Probleme bei der Unterrichtsdurchführung in Ihrer Schule aufgrund der fehlenden Lehrer oder Räumlichkeiten haben? Genauso stellt sich aber aktuell die Situation in Dresden dar.

Realität an Dresdens Schulen in der Wahrnehmung von Eltern ist:

1. Das **Fehlen einer klaren Prioritätensetzung** der Landeshauptstadt Dresden für das Thema *BILDUNG*
2. Das **Fehlen einer transparenten und damit nachvollziehbar schlüssigen Planung und Durchführung** der Abfolge der Erhaltungs- bzw. Erweiterungsmaßnahmen im Schulhausbau im speziellen den ausstehenden Sanierungen (ohne Mitbestimmungsrecht der Stadträte)
3. **Mangelhafte oder gar fehlende Kommunikation** mit den Eltern, Schulen und weiteren Verantwortlichen – Kommunikation in Dresden ist im Moment oftmals viel zu personenabhängig geprägt
4. **Massive Probleme im Anmeldeverfahren der Grund- und weiterführenden Schulen** (z.B. Kaskade, zu lange Zeiträume und somit Schaffung von Unsicherheiten für Eltern und Kinder)

5. **Doppelnutzung Grundschule/Hort** – gleichbleibende Kooperationen geraten in Gefahr durch die Entstehung von Konkurrenzverhalten zwischen Kindertageseinrichtungen, Hort und Grundschule, welche immer mehr in den Vordergrund rücken (Kita wird bevorzugt gegenüber dem Hort und Hort wird bevorzugt gegenüber der Schule – Dies ist eine Wahrnehmung von Eltern bzw. eine Rückmeldung von Lehrern und Schulleitungen vor Ort)
6. (unerwartete oder erwartete und lang anhaltende) **Sperrungen von Teilbereichen in Schulen** – höchster Sanierungsstau von Sachsen Großstädten (Dresden – 650 Mill. ansteigend/Leipzig – 570 Mill./Chemnitz – 345 Mill.)
  - Baustandards (z.B. Denkmalschutz und EneV) wurden hier meinerseits noch mit benannt. Es muss genau geurteilt werden, nach welchen Kriterien Baumaßnahmen an den einzelnen Schulen angewandt werden. Politik sollte verschiedene Standardsetzungen überdenken. Mit jeder neuen Richtlinie erhöhen sich die Kosten und somit der Sanierungsstau. Wir reden immerhin über Funktionsgebäude, Kinder interessiert das Blattgold an der Wand in der Regel nicht.
7. Beginnend **steigende Schülerzahlen mit bereits voller Auslastung mehrerer Schulen bzw. Schularten** (Hierzu gibt es eine Aussage der Sächsischen Bildungsagentur, dass im Bereich Gymnasien für das Schuljahr 2011/2012 bereits jetzt mindestens 27 Schüler pro Klasse eingerechnet sind. Dies entspricht nicht den Aussagen des SVA und auch nicht der Angaben aus den Regionalkonferenzen.) – Problematik unzureichender Ausweichmöglichkeiten bei Schulsanierungen
  - Aktuelle Folie der Regionalkonferenzen Bereich Gymnasien gezeigt und auf den nicht eingehaltenen Wert von 25 Schüler pro Klasse für das nächste Schuljahr 2011/2012 verwiesen.
8. **Raumgrößen, die es bei einer Beschulung von 28 Kindern** pro Klasse nicht ermöglichen, auch frei und bewegt zu lernen
9. **Räumliche Ausstattung** wird von Schulseite oft als nicht lehrplanmäßig empfunden – Raumnutzungskonzept z.B. für eine 3-zügige Grundschule wird ohne einen Kunstraum gerechnet... Lernräume müssen gestaltet werden und brauchen dafür Entwicklungsfreiheit (kein Spielraum mit einem Funktionskonzept)
10. **Schulplatzwechsel durch den Zuzug nach Dresden** – Dresden als Wirtschaftsstandort bedingt freie Plätze für weitere Zuzüge aus anderen Städten
11. Eine **Wahlmöglichkeit mit der 2. Bildungsempfehlung und Wechselmöglichkeiten zwischen den weiterführenden Schulen** (aufgrund von Umzügen innerhalb der Stadt) sind nur punktuell und auch dort nur eingeschränkt möglich, gar nicht zu sprechen von einzurechnenden Kapazitäten für Wiederholer bzw. Springer

## 12. Keine Kapazität für Integration und Inklusion

Dies ist nur eine kurze Zusammenfassung der Probleme, auf welche wir als KER seit Jahren hinweisen. Darüber lässt sich unsererseits auch nicht diskutieren. In den letzten Wochen hat sich für uns, den Vorstand, aber ein Umdenken von Verwaltungsseite abgezeichnet. Es gibt Signale für eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Schulen im Rahmen der Fortschreibung Schulnetzplanung. Mir ist sehr wohl bewusst, wie viel zusätzlichen

Aufwand und Kritik die 11 Regionalkonferenzen, die Vorstellung in der Presse mit anschließender Runde der Schulpolitischen Sprecher der Fraktionen, hervorgerufen haben. Die zeitige Einbindung ist trotzdem der richtige

Schritt für den Aufbau einer gemeinsamen und effektiven Kommunikation zwischen Eltern, Schülern, Schulen und Verwaltung gewesen.

Kritisch hinterfragt werden sollte mit der nächsten Planung (SNP) aber die Struktur der eingeladenen Schulen. Alle GS sind meiner Meinung nach gut aufgeteilt wurden (verbundene Schulbezirke sind gemeinsam gewählt), aber die weiterführenden Schulen sollten nur schulartenspezifisch in jeweils einer Regionalkonferenz zusammengefasst werden. Dies könnte eventuell auch das Interesse der gymnasialen Schulleiter erhöhen. Auch hier fehlt eine transparente, zeitlich gestaffelte Vorgehensweise, bei der zudem zwischen Anhörung und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu differenzieren sein sollte.

- Ableitungen auf die unterschiedlichen Zügigkeiten und Rückmeldungen von Schulleitern. Bezug aus den Regionalkonferenzen.

Für einen nicht geringen Anteil der Kinder und Jugendlichen bildet Schule den einzig gesicherten und wichtigsten Raum im alltäglichen Leben. Deshalb sollte eine aktive Einbeziehung der Meinungen der Schulleiter bei der SNP im Vordergrund stehen. Die Schulleiter sind es, welche die qualitative und quantitative Umsetzung der Bildungsarbeit mit den Kindern jeden Tag in „Ihrem“ Gebäude leisten müssen. Alle Bedenken der Schulleiter und des KER-Vorstandes aus den Regionalkonferenzen müssen wirklich ernst genommen werden und als Prüfpunkt auch auf der Agenda der Fortschreibung stehen bleiben und nicht als unwichtig, unakzeptabel oder gar nicht umsetzbar weggewischt werden.

Aus den 11 Regionalkonferenzen kamen bereits in verschiedenster Weise viele Probleme und Ängste, aber auch Bereitschaftserklärungen für Kompromisse.

Folgende 8 Punkte sieht der KER-Vorstand als grundlegend im Rahmen der SNP an:

1. **Keine Erhöhung der Klassenstärke über 28** (auch nicht durch einen extra herbeigeführten Schulkonferenzbeschluss) – Gründe dafür sind z.B. Gewährleistung eines qualitativen Bildungsanspruches, generelle Raumgrößen, Beeinflussung der Raumgrößen durch Brandschutzmaßnahmen, Schaffung von Spielräumen zur Einhaltung der Integrationsverordnung.
2. **Kapazitätserhöhungen einzelner Schulen** über neue Außenstellen sind unsererseits nicht akzeptabel. Wir sind uns dessen sicher bewusst, dass die bestehenden Außenstellen im Moment nicht geschlossen werden können, möchten aber hier auf den Schulleiterbrief der Gymnasien hinweisen, welche sich komplett gegen Außenstellen ausgesprochen haben. Erste Signale aus der Elternschaft bestätigen dies auch weiterhin. Mit den vorhandenen Außenstellen kann eine nachhaltige Planung für Dresdens Schulen abgesichert werden. Zu viele Neueröffnungen von Schulstandorten jeglicher Art beinhalten die Gefahr von späteren Schließungen bei fallenden Schülerzahlen.
3. **Kapazitäten schulartenunabhängig** – aufgrund zu vieler Anmeldungen oder zu wenig Kapazität am vorhandenen Standort, kommt es vermehrt zu Verschiebungen durch ganz Dresden (Kaskade). Hiermit lastet

eine Verantwortung auf dem Schulleiter, der die Auswahl der Schüler treffen muss, die er nicht leisten sollte. Letztendlich ist er in der Verantwortung, obwohl er für die Situation gar nicht der Entscheidungs-

träger ist, sondern nur die Entscheidung zu treffen hat. Einheitliche angewandte Festlegungen von Kriterien würden auch hier Sicherheiten gewährleisten.

4. **Kapazitäten Grundschulen** – Doppelnutzung Hort darf nicht zu Lasten der eigenständigen pädagogischen Bildungsprozesse in der Grundschule gehen. Auch hier entsprechen die Raumgrößen oftmals nicht der benötigten Mindestgröße. Dazu kommt, dass auch die Anforderungen nicht mit einem einheitlichen Maßstab bemessen werden – Grundschüler haben während der Schulzeit einen Anspruch auf 2 m<sup>2</sup> und Hortkinder im Nachmittagsbereich einen regulären Anspruch auf 2,5 m<sup>2</sup>. Somit wird der Grundschule oftmals der Raum für freie Entfaltung ihrer eigenen Arbeit genommen z.B. das Aufstellen von Kunst-arbeiten, interne Bibliotheks- und Aufenthaltsräume.
5. **Kapazitäten weiterführende Schularten** – im Rahmen der aktuellen Fortschreibung SNP müssen Zahlen für Wechselkinder (wie bereits im Vorfeld erläutert) einberechnet werden. Es müssen Plätze für die Übergänge zwischen den weiterführenden Schulen, Mittelschulen und Gymnasien, regulär vorgehalten werden (eine Abfrage könnte über die Schulen erfolgen). Im Moment scheint der Anteil der Rückkehrer vom Gymnasium auf die Mittelschulen gravierend, obwohl laut Aussagen der Ämter eine statistische Angabe mit Schnitt 1 zu 3 (1 Mittelschüler und 3 Gymnasiasten) angegeben ist. Wir haben aber Rückmeldungen erhalten, dass die Gymnasien teilweise über 10 Wechsel-Kinder pro Schuljahr aus verschiedenen Altersstufen zu den Mittelschulen verzeichnen.
6. **Die Anmeldeverfahren** der Grund- und weiterführenden Schulen müssen neu überdacht werden. Der KER-Vorstand empfiehlt, hier eine Zentralisierung der Anmeldungen in Erwägung zu ziehen. Ein außerschulisches Anmeldeverfahren schafft klare Vorgaben und Transparenz bei der Berücksichtigung von Wünschen der Eltern.
  - Verweis meinerseits auf die Anmeldungen im Kita-Bereich. Hier wurde in der Diskussion auf die Hoheit des Schulleiters im Anmeldeverfahren verwiesen. Schulleiter melden uns aber, dass Sie sich eine Veränderung des Anmeldeverfahrens gut vorstellen können.
7. **Synergieeffekte** müssen in die vorgelegte Planung einbezogen und offengelegt werden. Wir möchten dazu anregen, dass die Verwaltung nicht an einem Strukturdenken und Zuständigkeitsdenken festhält, was uns in Kooperationen Grenzen setzt, die notwendig sind. Nur gemeinsame Wege mit den Landkreisen (z.B. Radeberg, Graupa, Bannewitz, Radebeul, Pesterwitz oder Heidenau) zur Aufnahme und Unterbringung der Schüler werden uns zu einer effektiven Auslastung unserer Schulen bringen.
8. Schlussendlich darf ich nicht eins der aktuell wichtigsten Themen in der Debatte auf politischem Raum vergessen. Wir beraten in jeder Diskussionsrunde mindestens eins der beiden nachfolgenden Themen – **Integration oder Inklusion**. Hierzu gibt es tausende Meinungen und Wünsche, aber ich werde versuchen das Ganze realistisch und äußerst kurz zu betrachten. Das Einbeziehung der Integrationsverordnung ist gesetzlich festgelegt und wird/würde durch die Überschreitung/Erhöhung von Klassenstärken gefährdet. Das weiterführende, neue Thema Inklusion ist im Moment und in unseren Augen ein wünschenswertes Ziel mit einer klar geregelten Vorgabe in der UN-Konvention, aber einer noch nicht mal

ansatzweise geregelten gesetzlichen Grundlage von Seiten der Finanzierung und Umsetzung. Im Rahmen

der SNP darf unserer Meinung nach, auf gar keinen Fall der Spielraum für Integration (also z.B. Auffüllung der Klassenstärke nur bis 25 Kinder) verloren gehen und es sollte ein erster Vorschlag zum Aufbau einer Modell- bzw. Kooperationsschule für Inklusion in Betracht gezogen werden und in der Umsetzung erfolgen. Bevor Inklusion in Dresden umgesetzt werden kann, bedarf es einer umfangreichen Vorbereitungszeit, welche vor allem eine eingehende Aufklärung der Eltern, Lehrer und aller weiteren Beteiligten benötigt. Der Vorschlag einer Modell- bzw. Kooperationsschule kann hier wiederum ein positives Beispiel für Umsetzungsmöglichkeiten darstellen und vor allem für den Abbau von Ängsten und Unsicherheiten dienen. Weiterhin empfehlen wir erneut die Einrichtung einer Anlaufstelle im Bereich des Case-Managements. Hierfür werden Personen mit der entsprechenden fachlichen und formalen Kompetenz benötigt, welche unter der Betrachtung von komplexen Bedingungen, Hilfemöglichkeiten abstimmen und vorhandene institutionelle Ressourcen der zuständigen Ämter koordinierend heranziehen kann.

- Hier wurde durch mich bereits die angedachte Einrichtung einer solchen Stelle benannt und durch Herrn Seidel bestätigt.

Zusammenfassend aus den vorgenannten Daten möchte ich gern noch ein paar allgemeine Rückschlüsse an Sie weitergeben. Wir, die Stadt Dresden, dürfen nicht immer nur Warten, was Gesetzlichkeiten vorgeben, sondern müssen beispielgebend Fakten benennen, was wir von Bildung erwarten und wollen! Ein Bildungskonzept muss in der Gesamtheit durch alle Stadt-Bereiche abgestimmt und festgehalten sein und darf nicht von tagespolitisch motivierten Stadtratsentscheidungen abhängen. Womit wir wieder beim Thema Verschiebeliste (Mai 2010) und Haushaltsaufstellung (Dezember 2010) und vielen abgelehnten Petitionen von Schulen sind. Ein klares Votum des KER-Vorstandes ist es deshalb: **Alle geplanten Maßnahmen im Rahmen der Fortschreibung Schulnetzplanung dürfen auch nicht ansatzweise zur Rückstellung auf der aktuellen Prioritätenliste und den dazugekommenen bautechnisch bereits mehrfach benannten Problemfällen führen!** Wir sehen eine große Gefahr bei der Finanzierung des jetzt zusätzlich benötigten Gesamtpaketes (von veranschlagten ca. 100 Millionen) im Rahmen der Planung. Leider gibt es bisher keine direkte Kopplung des SNP, welche verbunden mit einer bestehenden finanziellen Absicherung ist. Letztendlich werden die Stadträte über den Schulnetzplan und einen finanziellen Zuschuss entscheiden. Wer übernimmt dann also die Verantwortung – unsere Stadträte entscheiden über die Einstellung der Gelder, aber verantwortlich werden die Bürgermeister oder in diesem Fall das SVA gemacht. Dies ist der verkehrte Weg, wird aber auf verschiedenen Ebenen der Bildungspolitik „erfolgreich“ umgesetzt – im Bereich des Lehrerberarfs trifft dies gleichermaßen auf das Verhältnis zwischen der Sächsischen Bildungsagentur Regionalstelle Dresden mit dem Kultusministerium zu.

Eltern und Schulleiter sind deshalb verunsichert. **Sicherheiten werden nur durch Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Zuverlässigkeit geschaffen und nicht wer den besten Kontakt zur gerade bestehenden Mehrheit des Stadtrates oder den besten Kontakt zum Kultusministeriums hat, darf sein Recht bekommen. Unterschiedlichkeiten müssen abgemindert werden.** Gesamt betrachtet brauchen wir nicht jedes neue Programm des Kultusministeriums oder des Bundes, sondern eine klare Verlässlichkeit für die bestehenden Maßnahmen wie z.B. Schulsozialarbeit oder GTA-Angebote an den Schulen. Alle Schulen sind

gleichermaßen von den bereits mehrfachen Kürzungen im Sozialbereich (z.B. GTA), natürlich in Zuständigkeit des Landes, betroffen und keiner positioniert sich eindeutig zum Erhalt von abgegebenen Versprechungen.

Wir empfehlen weiterhin eine Erstellung eines Maßnahme-Kataloges gemeinsam mit den zuständigen Ämtern (SVA, SBA, Jugend- und Sozialamt, Integrationsbeauftragte etc.), Vereinen, Schulen, Eltern und Schülern. Warum gestalten wir in Dresden nicht einen „Runden Tisch“? Jede Gruppe arbeitet bisher mehr oder weniger unabhängig voneinander, aber nur wenige arbeiten bereits effektiv zusammen. Eine Grundlage für gute Bildungsarbeit einer Stadt sollte die Punkte der Planung, Organisation und Kontrolle aktiv beinhalten, gleiche Beteiligungsebenen für gemeinsame Partner sind zu schaffen und die festgelegte Zielsetzung, an der in jedem Fall verlässlich festgehalten wird. Hierfür bedürfte es jedoch eines klaren Mandats und vor allem einer daraus abgeleiteten Entscheidungskompetenz, gemeint ist eine konstante Führungs- und Gestaltungsverantwortung der Stadträte.

Abschluss:

**„Erfolgreich zu sein setzt zwei Dinge voraus: Klare Ziele und den brennenden Wunsch, sie zu erfüllen.“**  
Johann Wolfgang Goethe